



unserVETO
Verband der ehrenamtlichen
Flüchtlingshelfer*innen Bayern
www.unserVeto-Bayern.de

Sattlerweg 38
85238 Petershausen
17.10.2019

Pressemitteilung des Landesvorstandes vom 17.10.2019

Bayerische Wirtschaft sucht dringend Mitarbeiter – aber Flüchtlinge dürfen nicht arbeiten

unserVeto, Dachverband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen in Bayern, überreichte am 17.10.2019 knapp 10.000 Unterschriften an den Petitionsausschuss des bayerischen Landtags. Vorher fand ein Gespräch mit Landtags-Vertretern des Petitionsausschusses sowie der Integrations- und der Ehrenamtsbeauftragten (Frau Brendel-Fischer, Frau Gottstein) sowie dem Vizepräsidenten des bayerischen Landtags Herrn Hold statt. In der Petition wird gefordert, dass Asylsuchende in Bayern leichter eine Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis erhalten sollen. Die bisher restriktive Haltung der Landesregierung und der meisten Ausländerämter schadet der bayerischen Wirtschaft, führt zu unnötigen Kosten für die Gesellschaft und verursacht soziale Probleme.



Übergabe der Petition an die Vorsitzende des Petitionsausschusses Frau Schuhknecht

Leider ist der Arbeitskräftemangel keinesfalls ein lokales oder vorübergehendes Problem! In zwei Studien der Bertelsmann-Stiftung in diesem Jahr wurde festgestellt, dass der Nachwuchsmangel in den nächsten Jahren kontinuierlich wachsen wird. Jährlich werde in Deutschland mindestens eine Zuwanderung von 260.000 Arbeitskräften von außerhalb der EU benötigt, um den gegenwärtigen wirtschaftlichen Stand und damit die Basis für unsere Sozialsysteme zu halten. Entsprechend seiner Wirtschaftsleistung entfallen auf Bayern von diesem Arbeitskräftebedarf einige 10.000 pro Jahr.

unserVETO berichtete, dass vor allem viele Handwerksbetriebe ohne neue Auszubildende eine existenzbedrohende Entwicklung sehen. Deshalb kämpfen die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer seit langem dafür, dass Flüchtlinge eine Ausbildungs- oder Arbeitserlaubnis erhalten, auch wenn ihr Flüchtlingsstatus (noch) nicht anerkannt ist.

Juristisch hat ein abgelehnter Asylbewerber zwar keinen Anspruch, in Deutschland zu bleiben. Aber sind die Interessen unserer Handwerksbetriebe und Wirtschaftsunternehmen und von uns allen nicht wichtiger? Warum sollten Flüchtlinge, die sich arbeitswillig und integrationsfähig zeigen, sich oft auch in Praktika in den Betrieben schon bewährt haben, keine Arbeitserlaubnis erhalten?

Ende 2018 lag in Deutschland die Anzahl der abgelehnten, aber geduldeten Asylbewerber bei rund 180.000, von denen jedoch trotz teilweise schon mehrjähriger Duldung nur ein geringer Teil eine Arbeitserlaubnis erhalten hat (weniger als 10%).

unserVeto sieht klare Vorteile für die großzügigere Erteilung einer Ausbildungs- oder Arbeits-erlaubnis:

- Lücken im Arbeitskräfteangebot für die Wirtschaft werden verringert, der komplizierte Weg über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist nicht so oft erforderlich und erfolgversprechender.
- Den Geflüchteten wird die Chance gegeben zu zeigen, dass sie sich integrieren wollen und können. Das gibt mehr Klarheit über ihre Person als die vom Innenministerium favorisierte Ausweisbeschaffung als Voraussetzung für eine Arbeitserlaubnis.
- Die Geflüchteten können ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, belasten somit nicht die Steuerzahler. Wo dies gelingt (nach den bisherigen Erfahrungen in der Mehrheit der Fälle), spart es auch die erheblichen Kosten durch eine zwangsweise Rückführung ins Heimatland.
- Den Beschwerden mancher Mitbürger „Die Flüchtlinge arbeiten nicht, und dafür bekommen sie noch Geld!“ wird die Grundlage entzogen.
- Geflüchtete mit Ausbildungs- oder Arbeitserlaubnis werden nicht mehr durch Untätigkeit und kasernenartige Unterbringung in problematisches Sozialverhalten und Kriminalität gedrängt.

Quellen:

- Bertelsmann-Stiftung, Zuwanderung und Digitalisierung - Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig? Februar 2019
- Bertelsmann-Stiftung, Wachstum und Produktivität 2035 - Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer, Juni 2019